

Musikschule: Verdi schlägt Alarm

Ungleichbehandlung und prekäre Situation der Lehrkräfte soll ein Ende haben

Von Martina Prante

Hildesheim. Mit Nachdruck erneuert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ihre Forderung nach dem Ende der strukturellen Unterfinanzierung der Musikschule Hildesheim. Lutz Kokemüller, Landesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie: „Immer mehr Beschäftigte sind prekär beschäftigt – das muss ein Ende haben!“

Seit Jahren leide die Musikschule unter einer strukturellen Unterfinanzierung seitens der Hildesheimer Politik. Der Kreis sei völlig aus der Finanzierung ausgestiegen, und die Stadt kürze seit Jahren die

Zuschüsse. „Das hat unter anderem dazu geführt, dass die Beschäftigten Kürzungen ihrer Einkommen hinnehmen mussten und von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt sind. Die Zahl der prekär Beschäftigten hat überproportional zugenommen“, so Kokemüller.

Dem Aufruf vorausgegangen waren Gespräche zwischen Gewerkschaft und Musikschule, die ihren Lehrkräften seit einem Jahr keine Tarifierhöhung mehr zahlte. „Deshalb wollten wir mit unseren Lehrkräften eine Betriebsvereinbarung schließen und sie bitten, noch zu warten, bis es wieder Geld gibt“, erläutert Musikschulleiter Detlef Hartmann.

Denn offiziell haben Arbeitnehmer das Recht, Tarifierhöhungen einzuklagen. Die Betriebsvereinbarung allerdings hebt das Individualrecht nicht auf. Verdi nun sollte helfen, die Situation aufzufangen. Doch die Gewerkschaft verlangt, dass die Lehrer nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden.

„Es gibt keinen sachlichen Grund, die Beschäftigten der Musikschule weiterhin schlechter zu stellen als die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Wir fordern die Gleichstellung und Sicherstellung der Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und da-

mit ein Ende der prekären Beschäftigungsverhältnisse“, unterstreicht der Gewerkschafter.

Nach Auffassung von Verdi habe die Musikschule als Bildungseinrichtung einen besonders wichtigen kulturpolitischen und sozialen Auftrag. Sie sei fest im Leben der Stadt und des Landeskreises verankert. Kokemüller: „Wir fordern deshalb die Verantwortlichen auf, dafür einzustehen, dass die Musikschule ihren Bildungsauftrag jenseits von rein marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfüllen kann.“

Hoffnung legt Hartmann in die Kreispolitik, „ähnliche Lösungen wie bei der VHS zu finden“.